

Beispiel zur Förderung separatistischer Bewegungen<sup>2</sup> – mißbraucht. Hierfür fehlte die Unterstützung seitens der Militärregierung.

Die Gouverneure entwickelten in ihren Ländern Eigeninteressen und hintertrieben ihnen unangemessen erscheinende Forderungen Laffons; es entstanden oft Koalitionen mit der deutschen Verwaltung gegen Baden-Baden ("Prokonsuleffekt"<sup>3</sup>). Die Entnazifizierungsoffiziere führten einen stetigen Kampf mit den anderen Dienststellen der Militärregierung, die oft versuchten, die Durchführung der Sanktionen in ihrem Bereich zu verhindern. Die institutionelle Hervorhebung des Service Eparation in Baden-Baden wurde nur in Rheinland-Hessen-Nassau nachgeahmt; in den anderen Ländern bildete er eine Unterabteilung der Verwaltungsdirektion und befand sich damit in einer abhängigeren Position.

Das Verfahren und die Ergebnisse der Entnazifizierung waren vom Spannungsverhältnis zwischen Militärregierung und deutscher Verwaltung einerseits und der Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, der Verwaltung und den Entnazifizierungsorganen andererseits bestimmt. Ein eher "unpolitisches" Verwaltungsverfahren bestand im Saarland. Die Leitung der Entnazifizierung wurde auf saarländischer Seite dem Personalbüro des Regierungspräsidiums beziehungsweise später der Verwaltungskommission übertragen. Der im April 1946 eingerichtete Conseil Politique (CSE) entwickelte sich zwar zur obersten Verfahrensinstanz, unterstand jedoch direkt der Militärregierung. Deren enge Kontrolle ließ kaum Freiräume zu, die allerdings von der saarländischen Seite auch nicht eingefordert wurden.

Anders die Situation in Hessen-Pfalz. Die Parteien konnten nur über den politischen Ausschuß beim Oberregierungspräsidium versuchen, direkten Einfluß auf die Entnazifizierung zu nehmen. Ihre Vertreter in den ZSK und im Conseil Politique (PSR) fühlten sich zum großen Teil als eigenverantwortliche Mitglieder. Dies zeigte sich Ende 1946, als fast alle Parteien auf eine deutliche Distanz zum bestehenden Verfahren gingen, während die Organe weiterarbeiteten. An der Spitze der Entnazifizierung stand der parteilose Oberregierungsvizepräsident Koch. Er wurde in seiner Tätigkeit vom Service Eparation in Neustadt unterstützt, der zwar effektiv arbeitete, aber Koch viel Freiraum ließ. Koch baute eine straffe Entnazifizierungsorganisation auf, mit der versucht wurde, die politische Säuberung über die parteipolitischen Interessen hinweg konsequent durchzuführen. Koch achtete dabei – trotz aller Kritik des Service Eparation in Neustadt – auf die Belange der pfälzischen Verwaltung. In der Pfalz konnte dabei, wie auch im Saarland, auf bestehende Infrastrukturen zurückgegriffen werden.

In Rheinland-Hessen-Nassau dagegen zeichnete sich die deutsche Verwaltung durch ein ausgeprägtes Desinteresse an der Entnazifizierung aus. Erst sehr spät verbesserte die Militärregierung durch die Einrichtung des Dreierausschusses die Situation. Trotz seines guten Willens gelang es diesem aber nicht, sich – ohne ausreichende Unterstützung durch die Parteien – wirksam gegen den hinhaltenden Widerstand der Ver-

<sup>2</sup> Dieser Vorwurf wurde vor allem gegen die pfälzischen Entnazifizierungsorgane erhoben. Dagegen spricht u.a., daß führende Mitarbeiter von der späteren Landesregierung, die den "pfälzischen Separatismus" auf schärfste bekämpfte, in die neuen Spruchkammerorgane übernommen wurden.

<sup>3</sup> Hudemann, in: Baden-Württemberg, S. 23.